# MALLORCA



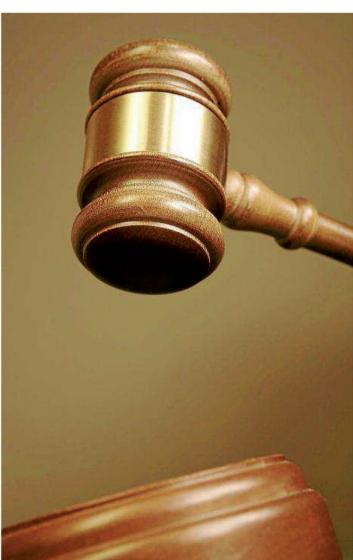
- 12 Pläne für DTM-Strecke in Palma noch nicht vom Tisch
- 11 Gestrandeten Delfin am Strand von Arenal gerettet

# Alles was unrecht ist

Spaniens Justiz hat einen schlechten Ruf. Wegen mangelhafter Ausstattung und schlechter **Organisation** funktionieren die hiesigen Gerichte alles andere als effizient. Lange Wartezeiten und **Justizskandale** sind an der **Tagesordnung** 

VON JONAS MARTYINY

recht bekommen will, braucht Geduld. Viel Geduld. Im vergangenen Juni etwa beschloss die Balearen-Regierung, eine Entschädigung in Höhe von 884.596 Euro an das Unternehmen zu zahlen, das einst eine Urbanisation am Es-Trenc-Strand bauen wollte. Per Gesetz



In Spanien kommt ein Richter auf 7000 Einwohner, in Deutschland ist das Verhältnis 1/4000.

war das Projekt damals gestoppt und der Küstenstreifen zum Naturschutzgebiet erklärt worden. Das Besondere an dem Fall: Der Rechtsstreit, der jetzt zu Ende ging, dauerte 28 Jahre.

Meldungen wie diese sind es, die den schlechten Ruf der spanischen Justiz nähren. Als das Meinungsforschungsinstitut CIS kürzlich eine Umfrage zum Rechtswesen machte, da war das Ergebnis eindeutig. 75 Prozent der Befragten gaben an, die spanische Justiz funktioniere "mittelmäßig", "schlecht" oder gar "sehr schlecht". Nur 13 Prozent gaben an, die Lage habe sich in den vergangenen Jahren verbes-

sert. Auch im internationalen Vergleich schneidet Spaniens Justiz schlecht ab. Die Weltbank etwa untersuchte kürzlich die Durchsetzbarkeit Vertragsansprüchen weltweit 183 Staaten. Spanien landete auf Platz 64 hinter dem Jemen, Tonga, Ruanda, Nicaragua, Eritrea und Ghana. Auch der aktuelle Bericht des "World Justice Project" benotet Spanien unterdurchschnittlich, in Westeuropa landen nur Portugal, İtalien und Griechenland noch weiter hinten. Hauptkritikpunkt an Spaniens Justiz: ihre Langsamkeit.

Als einer der Gründe dafür gilt die mangelhafte Ausstattung. "Es ist eine Tatsache, dass die Mittel knapp sind", sagt

Irene Nadal, Professorin für Prozessrecht an der Balearen-Universität. Richterverbände beklagen immer wieder, dass in manchen Gerichten noch immer mit Notizblöcken gearbeitet werde, statt mit Computern. Auch die Zahl der Richter ist in Spanien deutlich niedriger als in anderen Ländern. In Spanien kommt ein Richter auf etwa 7000 Einwohner in Deutschland liegt das Verhältnis bei etwa

1/4000. "Das Argument zieht aber nicht", sagt Manuel Stiff. Der 52-Jährige ist Rechtsanwalt in Palma und Münster und kennt sowohl das spanische als auch das deutsche Rechtswesen. "Es wird ja viel weniger geklagt in Spanien." Tatsächlich haben die Spanier den Ruf, sich eher außergerichtlich zu einigen. Bei der genannten CIS-Umfrage etwa gaben lediglich 21 Prozent der Befragten an, im Streitfall vor Gericht ziehen zu wollen. 57 Prozent dagegen beteuerten, sich mit ihrem Gegenüber an einen Tisch setzen und so eine Lösung herbeiführen zu wollen. Mehr als 60 Prozent waren der Meinung, Gerichtsverfahren in Spanien seien so langwierig und kompliziert, dass es keinen Sinn mache, zu klagen. Uniprofessorin Nadal bestätigt diesen Eindruck: "In Deutschland gibt es diese Menta-



Das Gerichtsgebäude in Palma an der Avenida Alemania. Fotos: Archiv

lität, Prozesse zu führen, Probleme vor Gericht zu lösen", sagt sie. "Die Leute wissen, dass das System funktioniert und nutzen es dementsprechend. Das ist in Spanien anders."

Laut Rechtsanwalt Stiff krankt das spanische Rechtswesen an seiner Organisation: "Es ist das klassische Problem, dass es in Spanien in vielen Bereichen gibt: mangelnde Effektivität und Produktivität", sagt er. Ein Jurastudium dauere in Deutschland dreimal so lang wie in Spanien. Das habe na-Auswirkungen türlich auf die Qualität des Sys-Uniprofessorin tems. Nadal wiederum nennt das Beispiel der spanischen Strafprozessordnung, die den Ablauf der Verfahren vor Gericht regelt. Das entsprechende Gesetz stamme aus dem Jahr 1887, weshalb viele Vorschriften vollkommen veraltet seien. "Das verkompliziert das Ganze ungemein", sagt Nadal.

Spaniens Justiz zeichnet sich aber nicht nur durch Langsamkeit und Ineffizienz aus, ihr eilt auch der Ruf voraus, nicht unparteiisch zu sein. Laut Meinungsforschungsinstitut CIS sind mehr als 83 Prozent der Befragten der Ansicht, die Gerichte behandelten Normalbürger und Politiker nicht gleich. 77 Prozent der Befragten gaben an, Reiche würden vor spanischen Gerichten bevorzugt behandelt.

Besonders die Politisierung der Justiz ist ein Problem. So ist etwa das Amt des Generalstaatsanwalts in Spanien ein politisches Amt – mit weitreichenden Folgen in Fällen, in denen Ermittlungen gegen Politiker laufen. So hatte das Treffen des damaligen balearischen Ministerpräsidenten Jaume Matas mit dem damaligen Generalstaatsanwalt Cándido Conde-Pumpi-

#### **ZAHLEN für die GERECHTIGKEIT**

In Spanien gelten neue Regeln, was die Gerichtsgebühren angeht. Seit Mitte Dezember werden bei Zivil-, Verwaltungs- und Sozialgerichten Gebühren in Höhe von bis zu 1200 Euro fällig. Bislang waren Privatpersonen von der Zahlungspflicht ausgenommen. Die neue Regelung gilt nicht für Strafprozesse, die 70 Prozent der Verfahren ausmachen sollen. Deshalb werden die neuen Gebühren auch ihre vom Justizministe-

rium erhoffte Wirkung verfehlen, meinen Kritiker. Die Zahl der Gerichtsverfahren werde sich nicht reduzieren, eine Entlastung der Gerichte sei nicht zu erwarten. Lediglich die Einnahmen des Staates dürften steigen. Dafür schaffe die Zahlungspflicht eine Zweiklassen-Justiz. Anwalts-, Richter- und Staatsanwaltschaftsvereinigungen haben in den vergangenen Wochen massiv gegen die Neuregelung protestiert. (jm)

do im Jahr 2006 einen sonderbaren Beigeschmack: Soeben war der Korruptionsskandal von Andratx bekannt geworden, in den auch ranghohe PP-Politiker verwickelt waren. War dies ein unverhohlener Versuch der Politik, Einfluss auf die Justiz zu nehmen? Kaum denkbar wäre es in vielen anderen Ländern auch, dass Richter eindeutig ideologisch geprägten Berufsverbänden angehören - nicht so in Spanien, wo sich die Richter ganz offen als "fortschrittlich" oder "konservativ" zu erken-

nen geben.

gleich ist Spanien sicher ein Rechtsstaat". sagt Stiff. Rechtsanwalt "Wenn sie aber als Deutscher hierher kommen. dann werden Sie Situationen erleben, in denen sie sagen werden: Dies ist kein Rechtsstaat." Ein Beispiel dafür sei, wie die spanische Regierung durch das sogenannte Küstengesetz im Handstreich Zehntausende Immobilien in erster Meereslinie teilenteignet habe, ohne dass es ein formales Enteignungsverfahren gegeben habe.

"Im weltweiten Ver-

Für die Betroffenen ein harter Schlag, für die damalige Regierung eine enorme Zeitersparnis.

So behaupten denn auch böse Zungen, Spaniens Politiker seien überhaupt nicht an einem funktionierenden Rechtsstaat interessiert: Dies sei der wahre Grund, weshalb die seit Jahrzehnten angemahnte grundlegende Reform des Iustizwesens bis heute auf sich warten lässt. Fraglos ist es praktisch, wenn sich erst spätere Generationen mit den Folgen der eigenen Entscheidungen herumschlagen müssen - wie etwa im Fall der gescheiterten Bebauung von Es Trenc.

MM-GESCHICHTE(N)

# IM ARCHIV GEBLÄTTERT

# 1972

Die Ausgaben des zweiten Halbjahres...

...1972 sind im Archiv des Mallorca Magazins nicht mehr vorhanden. Es handelt sich um eine Lücke von 26 Wochen, die wir zu entschuldigen bitten. Falls jemand zufällig noch ein Exemplar aus jener Zeit besitzt, bitte melden! Damit wir die Ausgabe fotografieren können. Telefon: +34 971919313. E-Mail: red@ mallorcamagazin.net



Mallorca Magazin 52/1982

### 1982

Alle bitten zur Kasse

Die befürchtete Preiswelle rollt. Nach der Anhebung der Energiepreise schließen sich nun Handel, Industrie und Dienstleistungsbetriebe an.

Die wichtigsten Preiserhöhungen in Palma:

Die Müllabfuhrgebühren (bisher 2800 Pesetas pro Wohnung und Jahr) wurden um 11,28 Prozent (oder um 327 Pesetas) angehoben.

Der Wasserpreis stieg um 53 Pesetas pro Kubikmeter und Monat, was einer Erhöhung um 11,98 Prozent entspricht. (aus MM 52/1982)

#### 1000

#### Miró-Zentrum eröffnet

700 Ehrengäste fanden sich zur Eröffnung des Miró-Zentrums in Cala Major ein. Die zum Museum erweiterte ehemalige Wirkungsstätte Mirós soll eine *der* Attraktionen Mallorcas werden.

(aus MM 52/1992)

#### 2002

#### Öko-Abgabe wird um 2,7 Prozent erhöht

Kurz vor Silvester kommt die Ökosteuer für Touristen noch einmal in die Schlagzeilen. Denn die Balearen-Regierung wird die Abgabe für 2003 um 2,7 Prozent erhöhen. Bislang hat die "Abgabe auf Übernachtungen in touristischen Beherbergungsbetrieben" nach Hotelkategorie zwischen 0,25 und zwei Euro pro Kopf und Nacht betragen, in den meisten Fällen (Drei- und Vier-Sterne-Hotels) einen Euro. (...)

Pere Cañellas, Präsident des mallorquinischen Hotelverbandes FEHM, meint "dass es den Anschein hat, die Regierung will den Tourismus kaputtmachen".

(aus MM 52/2002 – "Ecotasa" blieb nur etwa ein Jahr in Kraft.)